

Soll sich die Kirche mit aktuellen politischen Fragen beschäftigen?

Positionen und Paradoxien im gesellschaftspolitischen Engagement von Kirche und ihren Gemeinden

Claudia Schulz

Überblick

Ausgehend von einer aktuellen EKD-weiten Studie zu »Kirche und politischer Kultur« bietet der Beitrag Einsichten in die Erwartungen von Kirchenmitgliedern einerseits und die Anforderungen an Kirchengemeinden andererseits in Bezug auf die Befassung mit gesellschaftspolitischen Fragen. Aus teilweise gegenläufigen Erwartungen der Mitglieder und in einem vertieften Abgleich mit der Religiosität der Mitglieder lassen sich Paradoxien und Herausforderungen für die Organisation Kirche aufzeigen. Darin werden praktisch-theologische Implikationen der Thematik sichtbar.

1. Kirche und Politik in empirischer und praktisch-theologischer Perspektive

In den meisten Gegenden Deutschlands weist die evangelische Kirche trotz Schrumpfung noch eine erhebliche Zahl von Mitgliedern in allen Altersgruppen und sozialen Schichten auf.¹ So ist davon auszugehen, dass diese Mitglieder in vieler Hinsicht die Bevölkerung am Ort abbilden mit allen lebensweltlichen Bezügen, die das Alltagsleben bereithält. Die Diskussion um raumtheoretische Zugänge zur kirchlichen Praxis nimmt das Bedürfnis auf, in den aktuellen Transformationsprozessen der Kirche die Lebensumgebung der Menschen stärker wahrzunehmen und in die Gestaltung einzubeziehen. In diese Diskussion gehört auch das Bemühen der Kirche und ihrer Gemeinden um einen stärkeren Bezug zu gesellschaftspolitischen Fragen am Ort.

Angestoßen von den politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre, der Diskussion um den erstarkten Rechtsextremismus, um Ausländerfeindlichkeit, Homophobie oder Islamophobie haben gesellschaftspolitisch Engagierte und wissenschaftlich Kundige gemeinsam die Aufmerksamkeit für diese Thematik auf EKD-Ebene erhöht. Zuletzt hat ein Forschungsverbund »Kirchenmitgliedschaft und politische Kultur« im Auftrag des Rats der EKD eine Forschung im Verbund umgesetzt:² Teilprojekte erkundeten in Kooperation mit der Leipziger Autoritarismusstudie³ die Haltungen der Kirchenmitglieder zu politischen Fragen und den Zusammenhang von Religiosität und Vorurteilen,⁴ ebenso Kirchengemeinden und ihre Dynamiken in der Befassung mit politisch-kulturellen Fragen.⁵

¹ Das belegen die Erhebungen der EKD über Kirchenmitgliedschaft, die ALLBUS-Daten und auch die im Folgenden genannte aktuelle EKD-weite Studie.

² *Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)* (Hg.): *Zwischen Nächstenliebe und Abgrenzung. Eine interdisziplinäre Studie zu Kirche und politischer Kultur*, Leipzig 2022. (mit kostenlosem Download)

³ *Oliver Decker/Elmar Brähler* (Hg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Leipziger Autoritarismusstudie 2020, Gießen 2020.

⁴ *Gert Picke/Stefan Hube/Antonius Liedhegener/Susanne Picke/Alexander Yendel/Oliver Decker*: Kirchenmitgliedschaft, Religiosität, Vorurteile und politische Kultur in der quantitativen Analyse, in: *EKD 2022*, 24-98.

⁵ *Claudia Schulz/Manuela Barriga Morachim/Maria Rehm*: Kirchengemeinden in Aushandlungsprozessen um politisch-kulturelle Themen, in: *EKD 2022*, 169-239.

Betrachtet man die Situation der Kirche auf der Ebene einer Kirchengemeinde, hängt es in der Regel davon ab, wie die Prägung der Gemeinde ist, ob gesellschaftspolitische Themen bereits eine Rolle spielen, in welchem Maß sich engagierte Personen mit ihnen befassen oder ob sich bereits eine Kultur der Befassung herausgebildet hat. Mit erhöhter Aufmerksamkeit finden sich nahezu überall Fragen, die mindestens einen Teil der Bevölkerung bewegen, etwa in Bezug auf Umwelt und Klima, das Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen und Religionen, Entwicklungen in der Infrastruktur, in der politischen Situation am Ort oder soziale Schwierigkeiten. Herausforderungen lassen sich in Situationen wie der folgenden erfassen:

Auf dem Gebiet einer großstädtischen Parochie befindet sich ein Moscheebau des Verbandes DITIB, der in den kommenden Jahren durch einen Neubau ersetzt werden soll. Gemeindemitglieder im betreffenden Quartier finden in ihrem Briefkasten ein Flugblatt, in dem ohne Angabe von Namen und Kontaktadressen vor dem Einfluss der Türkei in der Stadt und der Muslime insgesamt im Zuge dieses Neubaus gewarnt wird.

Nach einer knappen Information über die Planungen des Neubaus finden sich ausländerfeindliche und islamophobe Aussagen sowie Anklänge an Verschwörungstheorien. Der Kirchengemeinderat fragt sich: Soll oder muss sich die Gemeinde hier positionieren? Unter welchen Umständen, in welcher Form und mit welchen theologischen Überlegungen sollte sie sich in einen möglichen Konflikt im Stadtteil einbringen? Inwieweit muss sie sich mit dem Denken und Handeln der Mitglieder insgesamt befassen und in welcher Funktion kann sie dies tun?

Politische Herausforderungen vor Ort

Ein Wunsch nach einer stärkeren sozialräumlichen Einbindung einer Gemeinde kann in den klassischen Streit einmünden, inwieweit sich die Kirche »mit der Politik« befassen darf oder soll und was das im Weiteren bedeutet. Die folgenden Abschnitte beleuchten diese Fragen auf der Basis von zwei Teilstudien des Verbundprojekts, anhand von Daten der Repräsentativstudie sowie von Einsichten aus der ethnografischen Feldstudie. Sie fokussieren damit die praktisch-theologischen Implikationen des Engagements einer Kirchengemeinde in politischen Fragen und betrachten die Herausforderungen, die sich aus dieser Forschung für die weitere Diskussion ergeben.

2. Empirische Befunde I: Die Erwartungen von Kirchenmitgliedern in politischen Fragen

Die Repräsentativbefragung, mit der die EKD-Erhebung den Zusammenhang von gelebter Religiosität und Vorurteilen erschlossen hatte, lässt einen spezifischen Blick auf Kirchenmitglieder zu. Diese unterscheiden sich zunächst in ihren Perspektiven auf die Gesellschaft, in Vorurteilen und Abwertungen nur unwesentlich von der Gesamtbevölkerung. Erst wenn die Religiosität der Kirchenmitglieder betrachtet wird, werden Unterschiede sichtbar, und zwar in beide Richtungen: Kirchenmitglieder, für die ihr Glaube eine hohe Relevanz für die Lebensführung hat, zeigen deutlich weniger gruppenbezogene Vorurteile gegen Menschen anderer Religionen, speziell Menschen muslimischen Glaubens, gegen Geflüchtete oder Langzeitarbeitslose sowie weniger antisemitische Ressentiments als der Durchschnitt. In Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt allerdings finden sich hier Sexismus und Homophobie in stärkerem Maß als im Durchschnitt der Mitglieder.⁶

⁶ Vgl. Gert Pickel: Vorurteilsbelastete Kirchenmitglieder? Deskriptive Ergebnisse, in: EKD 2022, 43-56.

So spiegelt die Studie eine heterogene Kirchenmitgliedschaft: Während manche keine oder kaum Vorurteile aufweisen und sich mitunter sozial oder politisch engagieren, teilen andere abwertende Haltungen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen. Dieser Analysestrang bringt zwar die individuelle Religiosität ins Spiel, beachtet aber noch nicht die spezifische Funktion der Kirche in gesellschaftspolitischen Fragen aus Sicht der Mitglieder. Die darauf abzielende Frage aus dem Fragebogen »Was ist die gesellschaftliche Aufgabe

Aufgabe einer Kirche

einer Kirche in Deutschland?« fand im ersten Auswertungsgang mit seiner stark eingeschränkten Veröffentlichungs-Kapazität noch keine Beachtung.

In den EKD-Studien über Kirchenmitgliedschaft ist in der dort regelmäßig abgefragten Erwartung der Mitglieder zu verschiedenen Engagementbereichen diese Funktion mit der Formulierung »sich zu politischen Grundsatzfragen äußern« erfasst worden, zuletzt in der Befragung im Jahr 2012. Das Item erhält als »Schlusslicht« nur von 46,9% der Mitglieder eine zumindest leichte Zustimmung, von 37,1% eine Ablehnung, 16% antworten mit »teils – teils«.⁷

In der oben beschriebenen EKD-Studie (Erhebung von 2020) sind nun verschiedene Dimensionen kirchlichen Handelns im gesellschaftspolitischen Feld erfragt worden, und zwar bezogen auf konkrete Engagementbereiche und aktuelle Herausforderungen und mit vier Antwortmöglichkeiten, was eine Positionierung zwischen den Feldern von Zustimmung und Ablehnung erzwingt. In der folgenden Abbildung sind diese nach Zustimmungswerten sortiert.



Abbildung 1: Die gesellschaftliche Aufgabe einer Kirche (Frage 78, n=641)

Es fällt auf, dass Kirchenmitglieder im Themenfeld unterschiedliche Bewertungen vornehmen. Nur die reine Hilfeleistung erhält von der Mehrheit der Evangelischen eine »volle« Zustimmung. Es folgen Items, die insgesamt eine große Zustimmung erhalten, während

⁷ Heinrich Beaford-Strohm/Volker Jung (Hg.): Vernetzte Vielfalt. Kirche angesichts von Säkularisierung und Individualisierung. Die fünfte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, Gütersloh (2015), 470. Hier sind auf einer 7-stufigen Skala von 1 (»trifft überhaupt nicht zu«) bis 7 (»trifft voll und ganz zu«) die Werte 1 bis 3 als Ablehnung, die Werte 5 bis 7 als Zustimmung summiert. (Frage 15, n=2014)

sich der Anteil der Mitglieder mit einer ablehnenden Reaktion im geringen Umfang bewegt: Dass eine Kirche grundsätzlich den Zusammenhalt und den zwischenmenschlichen Austausch stärkt, ist nahezu unumstritten. Das gilt im Wesentlichen auch noch für die Funktion, »einen Beitrag zur Lösung sozialer Probleme [zu] leisten«. Es fällt auf, dass die Zustimmung absinkt, je stärker sich die Kirche mit diesen Engagement-Bereichen vom Allgemeinen in den Bereich spezifischer Aktivitäten richtet. Je klarer Formulierungen angeboten werden, die ein solches Engagement präziser erfassen (Gespräch mit Vertreter*innen anderer Religionen, Position beziehen, Schutz der Umwelt), steigt der Anteil von Befragten, die das Engagement (eher) ablehnen. Je mehr also ein allgemeines gesellschaftspolitisches Ziel im Fokus ist (Zusammenhalt, Verständigung), desto einheitlicher fällt die Zustimmung aus, und je konkreter ein spezifisches Engagement in den Blick kommt, desto heterogener werden die Haltungen. Das interreligiöse Gespräch erreicht die Ablehnung von 20% der Befragten. Bei der Aussage, es sei die Aufgabe einer Kirche, sich »mit aktuellen politischen Fragen [zu] beschäftigen«, überwiegt nun die Ablehnung, nur 14 % der Befragten stimmen »voll und ganz« zu. Mit der Zuspitzung auf »aktuelle Fragen« lehnen 57% der Evangelischen ein solches Engagement zumindest »eher« ab.

Heterogene Haltungen

Dieser Befund bietet eine wertvolle Grundlage für die Analyse der empirisch vorfindlichen Kirchengemeinde-Wirklichkeit. Wo die Zustimmung der Mitglieder zwischen einer prinzipiellen Aufgabe der Kirche und den konkreten Aufgaben in aktuellen Situationen so unterschiedlich ausfällt, ist deutlich, dass im Einzelfall ein Engagement der Gemeinde kaum unumstritten sein kann. Möglicherweise bietet auch das Verständnis von »politischen Fragen« ein Spannungsfeld: Die EKD-Verbundstudie hatte mit einem weiten Verständnis von Politik gearbeitet, das mit der »politischen Kultur« die Gesamtheit von subjektiven Einstellungen und Werten der Bevölkerung einer sozialen Einheit (Land, Ortschaft, Kirchengemeinde) erfasst, von der zu erwarten ist, dass sie sich in konkrete Positionierungen der Einzelnen umsetzt.⁸ Dagegen assoziieren die Kirchenmitglieder möglicherweise mit »aktuellen politischen Fragen« vor allem eine parteipolitische Diskussion und das Ringen gesellschaftlicher Interessengruppen um Einfluss auf Entscheidungen der Parlamente – ein von der Arbeit einer Kirchengemeinde eher zu unterscheidendes Feld des gesellschaftlichen Lebens. Nicht klären lässt sich hier, wie die befragten Kirchenmitglieder »Politik« verstehen und inwiefern das Ringen um Zusammenhalt und Dialog zugleich als politisches Anliegen verstanden wird, das eine Grenzüberschreitung kirchlichen Handelns in andere Felder darstellt.

Wo liegt die Bruchstelle, die offenbar eine explizite Befassung mit »aktuellen politischen Fragen« so wenig zustimmungsfähig macht? Ein tieferer Blick in die Daten bringt neue Erkenntnisse zu der Frage, ob das politische Engagement der Kirche eher von Menschen mit überdurchschnittlich hoher Religiosität erwartet wird – oder ob umgekehrt Hochreligiöse skeptisch sind, während weniger religiöse Mitglieder gesellschaftspolitische Fragen als ein wichtiges Engagementfeld der Kirche sehen. Die EKD-Verbundstudie hatte Religiosität mit den Dimensionen der »Zentralität« erhoben, also mit Fragen nach Glauben, religiöser Reflexion, religiöser Praxis und religiöser Erfahrung.⁹ Aus Berechnungen ergibt sich, dass unterschiedliche Faktoren der so erfassten Religiosität, etwa das Nachdenken über religiöse Themen, der Gottesdienstbesuch, das Gebet oder der Glaube an »Gott« oder etwas »Göttliches«, auf ähnliche Weise in Zusammenhang stehen mit der Zustimmung zum gesellschaftlichen Engagement der Kirche. Die folgende Grafik vergleicht nun für drei der gesellschaftlichen

⁸ Hilke Rebenstorf: Einführung, in: EKD 2022, 11-23, hier: 16.

⁹ Stefan Huber: Dimensionen des Religiösen, in: EKD 2022, 27-43, hier 28f.

Religiosität macht den Unterschied

Engagements (Forum für Austausch bieten, Positionierung zu gesellschaftlichen Fragen, Beschäftigung mit politischen Fragen) die Zustimmungswerte von Befragten mit stärkerer bzw. geringerer Religiosität. Der Anschaulichkeit halber beschränkt sich der Vergleich auf zwei Religiositäts-Items (Gottesdienstbesuch und Nachdenken über religiöse Themen), anhand derer jeweils zwei Gruppen gebildet wurden: Menschen, die angeben, »nie« oder »selten« einen Gottesdienst zu besuchen, als erste Gruppe und Menschen, die mindestens »gelegentlich« einen Gottesdienst besuchen, als zweite. Ebenso wurden Gruppen gebildet von Menschen, die angeben, »selten« oder »nie« über religiöse Themen nachzudenken, sowie von solchen, die mindestens »gelegentlich« darüber nachdenken. Jedes Balken-Paar bietet den Vergleich zweier Gruppen auf einem Religiositäts-Item in ihrer Zustimmung zum gesellschaftlichen Engagement der Kirche.¹⁰

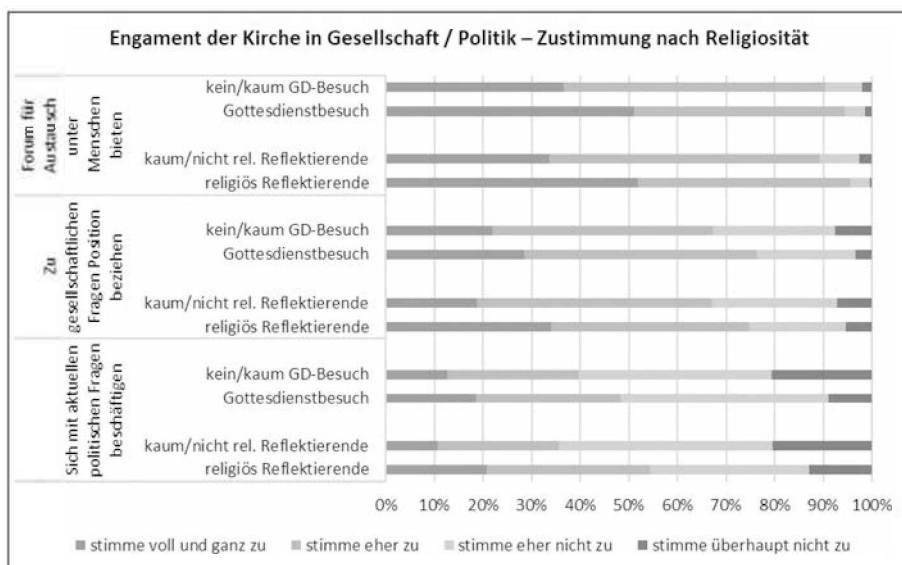


Abbildung 2: Die gesellschaftliche Aufgabe einer Kirche nach geringer / hoher Religiosität

Zum ersten ist das zu erkennen, was aus kirchensoziologischen Studien hinlänglich bekannt ist: Menschen mit einer höheren Religiosität haben insgesamt (ebenso wie Menschen mit hoher Kirchlichkeit) gegenüber allen kirchlichen Handlungsfeldern höhere Erwartungen oder zu diesem Engagement eine durchschnittlich höhere Zustimmung. So überrascht nicht, dass Menschen, die regelmäßig an Gottesdiensten teilnehmen oder über religiöse Themen nachdenken, von der Kirche eher ein Engagement erwarten oder es seltener oder weniger deutlich ablehnen.

Zum zweiten zeigt sich, wie ein eher wenig spezifisches Engagement der Kirche (in der Antwort »soll ein Forum für den Austausch unter Menschen bieten«) von einer großen Mehrheit der Kirchenmitglieder unterschiedlicher Religiosität bejaht wird – und kaum Ablehnung erfährt. Zu vermuten ist, dass Menschen, die Gottesdienste besuchen, auch eher

¹⁰ Eigene Berechnungen. Die beiden Fragen »Wie oft denken Sie über religiöse Themen nach?« (Frage 69_1) und »Wie oft nehmen Sie an Gottesdiensten teil?« (Frage 69_7) waren in fünf Antwortmöglichkeiten erhoben (»nie«, »selten«, »gelegentlich«, »oft«, »sehr oft«). Es wurden jeweils die ersten beiden Antworten zur negativen Ausprägung "kein/kaum/nicht", die anderen drei zur positiven Ausprägung summiert.

bereit wären, an einem solchen Austausch teilzunehmen. Dagegen erfährt ein spezifischeres Engagement, unterlegt mit der Erwartung »soll zu gesellschaftlichen Fragen Position beziehen«, bereits die mindestens latente Ablehnung von einem Drittel der wenig religiösen Kirchenmitglieder und einem Viertel der hochreligiösen Mitglieder. Dies steigert sich mit der Erwartung, Kirche »soll sich mit aktuellen politischen Fragen beschäftigen«, hin in einen Bereich, in dem nun nicht nur die Ablehnung überwiegt, sondern der Unterschied zwischen Hochreligiösen und wenig Religiösen fast bei 20% liegt. Hier findet sich unter den religiös Reflektierenden tatsächlich eine leichte Mehrheit, die dieses Engagement eher erwartet, während, je nach Modellierung der Gruppen, bis zu fast zwei Drittel der Kirchenmitglieder bestimmter Religiositätsprofile ein solches Engagement nicht gutheißt.¹¹

Dies zeigt zum dritten, wie der Weg vom volkskirchlichen »Normalangebot« aus Gottesdienst und Kasualien, Seelsorge und einigen Gruppen und Kreisen hin zu einer interessen-spezifischen und auf das gesellschaftliche Leben bezogenen, sozialräumlich orientierten und in diesem Sinn profilierten kirchlichen Arbeit zugleich zu einer stark heterogenen Bewertung der Mitglieder führt. Hier geht es nun um das Handeln »der Kirche«, das nicht wie ein Gemeindeangebot individuell wählbar ist, sondern öffentlich stattfindet und Auftreten und Image der Kirche insgesamt prägt.

Und dies führt zum vierten zu Diskussionen über die Weiterarbeit mit den Befunden: Wie ist es zu bewerten, dass die einen, üblicherweise Menschen, die Gottesdienste besuchen und über religiöse Fragen nachdenken, sich häufiger in der Gemeinde engagieren und das Leben der Ortsgemeinde prägen, im Vergleich etwas andere Erwartungen und Interessen haben als Menschen, die wenig religiös sind und selten teilnehmen? Und wie ist das Nebeneinander von Gruppen klarer Zustimmung und klarer Ablehnung zu einem Engagementbereich zu bewerten? Hier stehen gegenläufige Perspektiven auf Kirche und ihre Bedeutung in der Gesellschaft einander gegenüber – und zwar unter weniger religiösen ebenso wie unter stärker religiösen Kirchenmitgliedern, auch wenn letztere insgesamt das politische Engagement stärker befürworten. Und dies scheint deutlich gewichtiger zu sein als ein einzelner Interessenkonflikt, wie er in einer Gemeinde entsteht, wenn eine teure Orgel-sanierung ansteht – während das Geld auch in der Jugendarbeit fehlt. In einer solchen Situation sind sich die Verantwortlichen in der Regel über die grundlegenden Bedarfe der Förderung unterschiedlicher Gemeindebereiche einig – während nach Datenlage das gesellschaftspolitische Engagement der Kirche mit einem Drittel an allgemeiner Ablehnung belegt ist.

**Gegenläufige
Perspektiven**

3. Empirische Befunde II: Das gesellschaftspolitische Engagement von Kirchengemeinden

Mit dem Blick auf hochreligiöse und vor allem im Gottesdienst präsen-te Kirchenmitglieder rückt die Kirchengemeinde als ein wichtiger Ort in den Fokus, der in der EKD-Verbundstudie in einem ethnografisch-qualitativ gestalteten Forschungsbereich Beachtung fand. Diese Teilstudie bot die Chance, das Zusammenspiel unterschiedlicher Interessen und Engagements zu konkreten, vor Ort relevanten gesellschaftspolitischen Fragen zu analysieren. Einige zentrale Ergebnisse ergänzen die obigen Befunde um eben diese Perspektive:¹²

¹¹ Neutral sind an dieser Stelle die Bedeutung von Geschlecht, sozialer Schicht sowie Parteienpräferenz.

¹² Für eine erste Auswertung dieser online-Erhebung vgl. Schulz/Barriga-Morachimo/Rehm 2022, 177-180.

Ausgehend von vier beispielhaften Fallgemeinden stark unterschiedlicher Profile wurden in den jeweiligen Kirchenbezirken alle Personen, die in den Gemeinden in Haupt- oder Ehrenamt in Verantwortung sind, mit einer online-Erhebung nach ihren Einschätzungen der Bedeutung gesellschaftspolitischer Themen befragt. In drei Schritten kam die Bedeutung verschiedener Themen (soziale Probleme, Islam, Asyl, Umwelt und Klima, politische Strömungen, sexuelle Orientierungen, Infrastruktur) für die befragte Person selbst zur Sprache, für ihre Wahrnehmung der Relevanz eines Themas für den Wohnort sowie spezifisch für den Umgang der Kirchengemeinde mit dem Thema. In diesem Dreischritt lassen sich nun Unterschiede zwischen der einfachen Wahrnehmung eines Themas bis hin zu einer Relevanz für die Kirchengemeinde beobachten:

Die Wahrnehmung eines Themas insgesamt und seine Bewertung als relevant ist entscheidend dafür, ob eine Person dieses Thema auch im Weiteren, in Bezug auf den Ort und die Gemeinde reflektiert. Mit Blick auf die unterschiedlichen Kirchenbezirke, von denen einige städtisch und großstädtisch, andere eher ländlich geprägt sind und die in Ost- und

Wie Themen relevant werden

Westdeutschland liegen, überrascht nicht, dass breit diskutierte Themen wie »soziale Probleme« und »Klima« an allen Orten von den Befragten mehrheitlich als wichtig bewertet werden. Bei anderen Themen hängt die Bewertung

stark davon ab, wie sehr die Kirche in einer Region mit einem Thema bereits vertraut ist und auf einen Diskurs zurückblickt, wie etwa zur sexuellen Orientierung oder zum Islam im großstädtischen Kontext, oder ob sie sich mit dem Thema kaum befasst hat, wie das beim Thema Flucht und Migration in den ostdeutschen Kirchenbezirken der Fall ist, vor allem mit ländlicher Prägung.

Ob ein Thema in den Augen der Befragten für eine Kirchengemeinde wichtig ist, entscheidet sich zunächst dadurch, ob dieses Thema bereits diskutiert und ansatzweise einer Lösung zugeführt wurde – wie etwa die »sexuelle Vielfalt« im großstädtischen Kontext. Danach ist ein möglicher inhaltlicher Anschluss des Themas an die Kirchengemeinde entscheidend: Auch wenn viele Befragte etwa das Thema »Umwelt und Klima« als wichtig benennen, sind sie nicht sicher, ob und inwieweit es über den Impuls zum Energiesparen oder zur Installation einer Photovoltaikanlage hinaus zu einem inhaltlichen Thema für die Gemeinde werden kann. Und schließlich ist entscheidend, ob ein Thema in der Diskussion am Ort oder in der Region aktuell ist. Denn hier, das äußern vor allem die Hauptamtlichen, kann eine Gemeinde kaum anders, als Themen, die die Menschen am Ort stark beschäftigen, auch in der gemeindlichen Kommunikation aufzunehmen.

Im nächsten Schritt, im konkreten Umgang einer Gemeinde mit einem gesellschaftspolitischen Thema, spiegelt sich nun der Befund aus den Daten der Repräsentativstudie in den Aussagen der Verantwortlichen vor Ort wider: Ein gesellschaftspolitisches Thema ist, selbst wenn es von den Verantwortlichen der Gemeinde als relevant erachtet wird, nicht leicht zu hantieren. Manche Themen haben eine emotionale Ladung, weswegen reflexhaft die offene Kommunikation vermieden wird. Oft sind gegenläufige Haltungen, beispielsweise zu extremen politischen Parteien, zwar in Wahlergebnissen sichtbar, können aber in der Gemeinde kaum zur Sprache kommen, weil die Menschen sich scheuen, ihre Haltung offen zu äußern. Eine Pfarrerin bringt es auf den Punkt: »Es gibt eine hohe AfD-Wählerquote, irgendwo müssen diese Menschen sein, wahrscheinlich auch in meiner Gemeinde. Das Problem ist nur, dass sie sich nicht zu erkennen geben.« Über die Frage der Zuständigkeit der Kirche für politische Fragen herrscht Uneinigkeit: In den Voten der Befragten findet sich vielfach die Positionierung, Kirche solle sich heraushalten, sich um das Religiöse kümmern und nicht um weltliche oder gar politische Fragen. Eine solche Befassung wird

nicht nur als unpassend, sondern sogar als gefährlich dargestellt: Wo die Kirche Themen außerhalb ihres »Kernbereichs« aufgreift, verliere sie ihre Richtung und ihre Strahlkraft. Andere sehen einen selbstverständlichen Bezug einer Gemeinde zu Themen, die Menschen am Ort bewegen, was eine Befassung mit gesellschaftspolitischen Themen zum organischen Teil des Gemeindelebens mache.

Viele Befragte beschreiben ihren Wunsch, hier »einen Mittelweg« zu finden, äußern ihre Sorge vor »Spannungen« oder »Spaltung«, gerade mit Blick auf die Dissonanz zwischen konservativen und liberalen Gemeindemitgliedern oder im Umgang mit Reizthemen wie Asyl, Migration und extremen politischen Parteien. Ebenso äußern einige der Verantwortlichen ihren Unwillen, Themen zu bearbeiten und damit in der Kommunikation Phänomene zu Problemen werden lassen, wie etwa im Bereich von Flucht und Migration. Hier sei es besser, »die Entwicklungen geschehen zu lassen«, das Miteinander verschiedener Kulturen und Religionen weniger zu thematisieren, um populistischen Tendenzen keinen Vorschub zu leisten und zu verhindern, dass in der Gemeinde Streit ausbricht, etwa über die Frage, ob der Kontakt mit Muslimen nun für Christen angebracht oder abzulehnen sei.

Angst vor Spannungen

Deutlich werden zwei Dinge, die sich im Lauf der Analyse von Gemeinden anhand ethnografischer Fallrekonstruktionen zeigen ließen: Erstens scheint unklar, was »das Politische« ist: Die politikwissenschaftliche Sicht, dass es sich nicht nur um »Politik« im engeren Sinn handelt, sondern um unterschiedliche Werte und Überzeugungen und deren Aushandlung in sozialen Gruppen, korreliert nicht mit dem alltäglichen Sprachgebrauch. Der Grundsatz der Raumsoziologie, dass für Menschen relevante Orte und Themen sich in der persönlichen Relevanzsetzung begegnen und darum nicht getrennt voneinander zu behandeln sind, wird unter Verantwortlichen in Kirchengemeinden kaum berücksichtigt. So scheint es für die Mehrheit eine Frage der Entscheidung, ob die Kirche sich überhaupt mit gesellschaftspolitischen Themen befassen sollte. Und selbst die Fokussierung auf derartige Themen scheint nicht selbstverständlich. Zum Abschluss der online-Erhebung antwortet ein Mitglied des Kirchengemeinderats auf die letzte Frage »Gibt es noch Themen, die ihre Kirchengemeinde beschäftigen?« so: »Nee. Wir beschäftigen uns in der Kirchengemeinde nicht mit Themen. Höchstens, dass endlich Einzelkelche fürs Abendmahl angeschafft werden sollen.« Dass gesellschaftspolitische Fragen zum »Thema« werden und sich in der Gemeinde Aufmerksamkeit verschaffen, erscheint eine wesentliche Voraussetzung für jede Debatte.

Dann gibt es, zweitens, offenbar nur in wenigen Gemeinden einen Konsens darüber, inwieweit »das Politische« oder »gesellschaftliche Fragen« für Gemeinden zum Thema werden sollen. Hier greifen zahlreiche und vieldimensionale persönliche Bewertungen, weswegen es nicht verwundert, dass eine Repräsentativstudie stark gegenläufige Positionierungen sichtbar macht. Eine Ablehnung der Befassung der Kirche oder einer Gemeinde mit diesen Themen kann bedeuten, dass Menschen keine inhaltliche Verbindung zwischen »Kirche und Politik« sehen und sich nicht vorstellen können, wie ein politisches Thema in einer Kirchengemeinde sinnvoll bearbeitet werden kann. Es kann sich ebenso die Sorge um eine unsachgemäße oder einseitige Handhabung abbilden, etwa indem eine Gemeinde politisch Stellung bezieht und damit ausgrenzend wirkt. Nicht zuletzt ist die Sorge vieler Verantwortlichen für Kirchengemeinden, dass eine offene Befassung mit gesellschaftspolitischen Fragen zu inneren Spannungen führt, die den Zusammenhalt der Gemeinde gefährden und wiederum einer Bearbeitung bedürfen. Dies hat eine Gemeinde in einem pietistisch geprägten Ort damit umgesetzt, dass sie in einer aktuellen, hoch konfliktären Situation vorrangig Gebetsgottesdienste anbot, um die Mitglieder auf das Wesentliche

(Jesus Christus) zu konzentrieren und das Aktuelle (Streit um die Positionierung der Gemeinde gegenüber fremdenfeindlichen Aufmärschen) in der Peripherie oder im geschlossenen Kreis des Kirchengemeinderats zu halten.

Befassen sich Gemeinden mit gesellschaftspolitischen Themen, müssen sie also zunächst damit rechnen, auf gegenläufige Positionen unter ihren Mitgliedern zu stoßen. Entscheiden sie sich für eine Befassung, entscheiden sie darüber, mit welchem Bild von Aushandlung und Verständigung sie dies tun möchten. In einer Gruppendiskussion mit Kirchengemeinderäten einer großstädtischen Gemeinde, die bereits auf eine lange Tradition der Auseinandersetzung in verschiedenen Themenfeldern zurückblickt, wird sichtbar, wie anspruchsvoll

Gemeindebild prägend

eine solche Klärung ist: Zunächst sind sich alle darin einig, es gehe darum, dass die Gemeinde eine Plattform biete, auf der alle ihre auch gegenläufigen Positionen austauschen können. Je länger sich die Befragten in ihrem Gespräch mit der Vielfalt der Ansichten ihrer Gemeindemitglieder befassen, desto stärker wird jedoch eine ganz andere Sicht. Ein Mitglied der Gruppe bringt es auf den Punkt: »Die Botschaft gehört umgesetzt.« Für Christen seien bestimmte Positionen und Handlungen selbstverständlich, andere abzulehnen, etwa auf der Grundlage von Werten wie der Menschenwürde. Die Gemeinde sei schließlich die Gemeinschaft derer, die diese Haltungen teilen und sie in eine gemeinsame Praxis umsetzen. So werden Bilder von Gemeinde zu einem Spannungsraum, der sich kaum auflösen lässt.

4. Rückblick und Ausblick: Theoretische Anforderungen und neue Forschungsfragen

Die Befassung der Kirche oder einer Kirchengemeinde mit politischen Fragen erscheint einerseits als Selbstverständlichkeit, andererseits als Aufgabe für die Leitung und Gestaltung. In der oben beschriebenen Situation des Moschee-Neubaus, der zu hasserfüllter Kommunikation führt, lässt sich sehen, wie anspruchsvoll es ist, die Funktion einer Gemeinde zu bestimmen: Soll sie eine Plattform für den Dialog, auch zwischen den eigenen Mitgliedern, sein oder vielmehr Position beziehen? Inwiefern die Gemeinde den Dialog der Verschiedenen organisieren oder eher die Gemeinschaft der Einigen darstellen soll – oder noch etwas ganz anderes, bedarf auch einer theologischen Klärung. Alle im Forschungsprojekt untersuchten Gemeinden kennen dieses Phänomen, in dem eine Gemeinde, die sich mit gesellschaftspolitischen Fragen befasst, automatisch dieser Vielzahl von gemeindlichen Funktionen und den darin enthaltenen Paradoxien ausgesetzt ist. Dass daraus der Wunsch entsteht, die Kirche solle sich von politischen Fragen lieber fernhalten, scheint verständlich.

Abgelöst von einer einzelnen Kirchengemeinde betrachtet, bietet dies außerdem eine Herausforderung in theoretischer Sicht: Was bedeuten so stark gegenläufige Erwartungen der Kirchenmitglieder – und was bedeuten grundsätzlich ihre Erwartungen oder Interessen? Wie erfolgt ein Abgleich mit pastoraltheologischen oder kirchentheoretischen Positionen, die auf der Ebene einer Kirche oder in anwendungsorientierten Formaten in Kirchengemeinden entwickelt werden? Denn die Kirche hat es mit unterschiedlichen Religiositäts- und Interessenprofilen zu tun, die sich in gegenläufigen Bewertungen der Aktivitäten einer Gemeinde am Ort umsetzen. Eine Kirche, die zugespitzt formuliert, mit jeder ihrer Aktivitäten die Erwartungen eines größeren Teils ihrer Mitglieder erfüllt und andere damit

abstößt, wird mit profildbildenden Maßnahmen ebenso viel Erfolg wie Ablehnung erreichen, weswegen eine gewisse »Profilschwäche« mitunter als geraten erscheint.

Nützlich wären in diesem Feld neue Erkenntnisse, wie sie hoffentlich in den kommenden Jahren mit neuen Daten zur Kirchenmitgliedschaft möglich werden. Eine vertiefte Einsicht in die Logiken von Zustimmung und Ablehnung des politischen Engagements im Raum der Kirche dürfte hilfreich sein, um die Wechselwirkungen der Erwartungen im gesellschaftspolitischen Feld mit Religiositäts- und Interessenprofilen zu erkunden und auszuloten, inwiefern sich im gesellschaftspolitischen Engagement der Kirche Chancen auf neue Kommunikationsflächen entwickeln lassen.

Prof. Dr. Claudia Schulz ist Praktische Theologin und Professorin für Diakoniewissenschaft und Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg. Sie forscht im Bereich der Kirchensoziologie und hat zuletzt ein Projekt in der EKD-Studie »Kirchenmitgliedschaft und politische Kultur« geleitet. E-Mail: c.schulz@eh-ludwigsburg.de